



BFW-ARBEITSKREIS DENKMALSCHUTZ

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 27. April 2006

Deutschland profitiert von steuerlicher Förderung für Denkmalinvestitionen – Wirtschaftsimpuls 11mal stärker als Steuersubvention – BFW: Schutz der Baudenkmäler steuerpolitisch auch in Zukunft unterstützen

Deutschland profitiert von der steuerlichen Förderung von Investitionen in Baudenkmäler. Jährlichen Steuerausfällen in Höhe von 119 Millionen Euro stehen insgesamt 1,3 Milliarden Euro gegenüber, die durch die Förderung an zusätzlichem Einkommen entstehen. Damit verbunden sind rund 30.000 Arbeitsplätze. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) heute vorgestelltes Gutachten. Der BFW fordert, die Förderung des Denkmalschutzes zu wahren und nicht durch neue steuerpolitische Regelungen ins Leere laufen zu lassen. Ein Stück Deutschland ginge unwiderruflich verloren, wenn es für den denkmalpflegerischen Mehraufwand keinen Ausgleich mehr gäbe und die Baudenkmäler infolge ausbleibender Investitionen verfallen würden.

„Hände weg von der steuerlichen Förderung der Denkmalschutzinvestitionen. Der wirtschaftliche Impuls ist 11mal stärker als die Steuersubvention“, sagte der BFW-Vorstandsvorsitzende Walter Rasch am 27. April bei der Präsentation des Gutachtens in Berlin. Die §§ 7h/i und § 10f EStG, nach denen erhöhte Abschreibungen bei Investitionen in die bundesweit rund 880.000 Denkmäler gewährt werden, dürften nicht angetastet oder in ihrer Wirkung unterlaufen werden. So hat die Förderung bei der Anschaffung bzw. der Instandsetzung und Modernisierung von Denkmälern die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften 2004 um nur 0,027 Prozent vermindert. Allein schon aus Sicht des Fiskus sind die denkmalbezogenen Steuervergünstigungen von Vorteil: Denn den jährlichen Einnahmeausfällen von 119 Millionen Euro stehen mindestens 260 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen gegenüber. Diese werden ausgelöst durch den 1,3 Milliarden starken Einkommensimpuls, der von den Bauleistungen und den damit verbundenen Dienstleistungen insgesamt ausgeht.

Die Förderung von Investitionen in Baudenkmäler, die 5,1 Prozent aller Bauten in Deutschland ausmachen, hält der BFW auch mit Blick auf die regionale Wirtschaft für unausweichlich. „Bauliche und bürokratische Hürden bei Denkmalinvestitionen sind ein Rendite-Killer, der ohne steuerliche Förderung zum Erliegen des Denkmalschutzes führen würde. Betroffen wäre die regionale Bauwirtschaft, die einen Großteil der Arbeiten ausführt“, betonte Frank Kammerer, Vorsitzender des BFW-Arbeitskreises Denkmalschutz, von dem das Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Denkmalschutz sei ein Hebel für die Stadt- und Landesentwicklung, der nur funktioniere, wenn der denkmalpflegerische Mehraufwand ausgeglichen wird und sich die Investitionen im Wettbewerb mit anderen Anlageformen lohnen. Als Anwalt der Denkmale dürfe der Staat daher keine neuen steuerlichen Hürden aufstellen.

Gefahr droht dem baulichen Kulturerbe laut Kammerer bei einer pauschalen Besteuerung von Veräußerungsgewinnen über eine Verschärfung des § 23 EStG: Wird die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen außerhalb der 10-jährigen Spekulationsfrist aufgehoben und als steuerliche Bemessungsgrundlage die Differenz zwischen Veräußerungspreis und Buchwert festgelegt, würden sich Denkmalinvestitionen kaum noch rentieren. Die Abschreibungsvergünstigungen führen dazu, dass der Buchwert von Baudenkmalern nach Auslaufen der auf zwölf Jahre begrenzten Abschreibungsperiode regelmäßig gegen Null tendiert. Beim Verkauf eines denkmalgeschützten Gebäudes wäre die Steuerbelastung damit außerordentlich hoch. Privates Kapital für den Erhalt von Baudenkmalern könnte unter dieser Voraussetzung nur schwerlich gewonnen werden.

Der BFW warnt davor, mit neuen steuerlichen Belastungen die Investitionen in Baudenkmalern zum Erliegen zu bringen. Das Aussterben des Bau- und Restaurierungshandwerks und der Wegfall zahlreicher Ausbildungsmöglichkeiten wären unwiderruflich. Ohne Referenzobjekte ließe sich das Denkmalpflege-Know-How deutscher Fachkräfte innerhalb Europas und Richtung Asien nicht mehr exportieren. Eine paradoxe Situation könnte entstehen: Während vor Ort ein Teil von Deutschland verfällt, würde verstärkt deutsches Kapital in den steuerlich geförderten Denkmalerhalt im Ausland fließen. „Die nachhaltige Instandhaltung von Denkmälern ist keine verlorene Kultursubvention, sondern Standortmarketing im besten Sinne. Touristen wollen keine Städte von der Stange“, erklärte Kammerer zum Stellenwert des Denkmalschutzes für den Fremdenverkehr. Wer Schinkel's Erbe erhalten wolle, müsse mit der steuerlichen Förderung von Denkmalinvestitionen auch in der Zukunft ein Stück Heimat bewahren.

Kontakt

Oliver Falk
Pressesprecher

Kurfürstendamm 57
D-10707 Berlin
Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299
E-Mail: presse@bfw-bund.de
Internet: www.bfw-bund.de

Dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Spitzenverband der unternehmerischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitglieder und verbundene Unternehmen an. Sie verwalten momentan einen Wohnungsbestand von rund 3,2 Millionen Wohnungen sowie Gewerberäume von insgesamt 10,4 Millionen Quadratmeter Nutzfläche.